

Beide Anträge (TOP 3 und 4) wurden zusammen beraten.

Abg. Krupp begründete noch einmal den Antrag der SPD-Fraktion. Über die Schaffung einer guten Alternative für den ländlichen Raum bestehe sicherlich Konsens, wie der gemeinsame Antrag von CDU/GRÜNE zum gleichen Thema zeige. Auch im Rat der Stadt Rheinbach habe man die Einrichtung einer Buslinie zwischen Rheinbach und Meckenheim positiv beschieden. Die Frage sei, wie die Linienführung verlaufen solle. Der Antrag von CDU/GRÜNE habe für sie den Nachteil, dass er die Rheinbacher Höhenorte nicht berücksichtige. Sie hoffe, dass sich der Ausschuss über eine Linienführung verständigen könne, damit die Buslinie zum Fahrplanwechsel im Dezember eingerichtet werden könne.

Abg. Bausch äußerte, die Thematik sei schon mehrmals im Ausschuss diskutiert worden. Frau Krupp habe bereits eine ganze Reihe von Aspekten angesprochen. Auch die Unzufriedenheit der Versorgung durch die Ahrweiler Verkehrsbetriebe sei bekannt. Durch die neuen Haltepunkte der RB 23 habe das Thema jetzt eine zusätzliche Dynamik erfahren. Es gebe in der Tat durchaus deckungsgleiche Bestrebungen, hier eine Verbesserung zu erzielen. Ein wichtiger Unterschied sei aber die von der SPD gleichzeitig geforderte Anbindung der Rheinbacher Höhenorte. Dies sei unter verschiedenen Aspekten problematisch. Er wolle dies aber heute gar nicht fachlich diskutieren, sondern vielmehr die Verwaltung um Prüfung und Erarbeitung von entsprechenden Vorschlägen bitten. Es müsse auch geklärt werden, welcher Linienweg wie viel koste und wer sich in welcher Höhe an den Kosten beteiligen müsse. Er schlage deshalb vor, der Verwaltung einen entsprechenden Auftrag zu erteilen.

Abg. Nöthen bat darum, in eine Prüfung der Linienwege auch eine „Schleife über Gelsdorf/Rheinland-Pfalz“, ca. 2 km, mit einzubeziehen (Berücksichtigung von Einkaufsmöglichkeiten).

Abg. Metz unterstützte den Vorschlag des Abg. Bausch. Um über die Einrichtung einer neuen Buslinie entscheiden zu können, brauche man eine vernünftige Vorlage unter Berücksichtigung von Kostenberechnungen. Erforderlich sei darüber hinaus eine Beteiligung der Kommunen. Ein Schnellschuss sei nicht sinnvoll. CDU und GRÜNE bitten deshalb um Prüfung im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya bekräftigte die Argumente von Herrn Metz und ergänzte, die Verwaltung sei sowohl mit den Kommunen als auch mit den Verkehrsunternehmen im Gespräch und werde noch in diesem Jahr ein entsprechendes Konzept erarbeiten.

Der Vorsitzende stellte in Absprache mit den antragstellenden Fraktionen fest, dass auf die heutige Abstimmung über beide Anträge verzichtet wird.

Es bestehe **Einvernehmen** darüber, dass die Verwaltung die **Einrichtung einer neuen Buslinie** unter Beteiligung der Kommunen und der Verkehrsunternehmen **prüfe** und **im Zuge der Fortschreibung des Nahverkehrsplans** dem Ausschuss eine umfassende Beschlussvorlage einschließlich Linienführung und Kostenberechnung vorlege.